

Sehr geehrte Frau Barbara Liegl,

herzlichen Dank für ihre wertvolle und notwendige Initiative "clean politics". Die Grünen treten für ein umfassendes Menschenrechtsverständnis ein, das auf gleichen Rechten für alle Individuen basiert, unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion, ethnischer und nationaler Herkunft. Damit wirklich gleiche Startbedingungen gewährleistet sind, braucht es eine gezielte und engagierte Antidiskriminierungspolitik.

Aus einer Fülle von zu setzenden Maßnahmen möchte ich nur einige Eckpunkte herausgreifen:

1. Evaluierung des Gleichbehandlungsgesetzes mit dem Ziel der Schaffung eines einheitlichen Antidiskriminierungsgesetzes. Alle Diskriminierungsgründe müssen auch außerhalb des Arbeitsmarktes anwendbar sein. Die Grünen haben dazu schon vor einigen Jahren ein eigenes Gesetz in den Nationalrat eingebracht.
2. Effektive Sanktionen bei diskriminierender Entlassung oder Kündigung. Ebenso bei diskriminierenden Stellen- und Wohnungsanzeigen. Die diskriminierende (art IX egvg) sollte in den Zuständigkeitsbereich der Polizei fallen, mit Meldepflicht an die Gewerbeaufsicht.
3. Personelle Aufstockung der Gleichbehandlungsanwaltschaft, Sicherung der Unabhängigkeit inklusive der budgetären vom BMGF. Absicherung des Budgets des Klagsverbandes, sowie eine Reform der Gleichbehandlungskommission. Darüberhinaus ein klareres Verfahren und die Einbindung von NGOs.
4. Eine stark verbesserte Informationspolitik gegenüber der Allgemeinheit, aber auch gegenüber von Behörden und Gerichten.

Diese Reformen haben also die legislative, die institutionelle als auch die budgetäre Dimension, unterstützt von einer breiten Informationskampagne, im Auge. Nur auf diesem Weg kann die bunter gewordene österreichische Gesellschaft auch zukunftsfähig sein.

Mit freundlichen Grüßen,

A. Van der Bellen